

Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der European
Confederation of Police (EuroCOP)



Landesbezirk Berlin

Landesbezirksvorstand

Presse- und

Öffentlichkeitsarbeit

Annika Schulze

Kurfürstenstraße 112

10787 Berlin

Telefon 030 210004-13

Telefax 030 210004-29

Mobil 0151 11280361

schulze@gdp-berlin.de

PRESSEMITTEILUNG

10.11.2015

GdP: Gesundheitsschutz wurde nicht ernst genommen

Innere Sicherheit ist gefährdet

Berlin. Nach Bekanntwerden mehrerer Krankheitsfälle in einer Notunterkunft für Flüchtlinge auf dem Polizeigelände in der Radelandstraße bleiben für die Gewerkschaft der Polizei viele Fragen ungeklärt: „Unsere Kollegen wurden nur sehr lückenhaft über eventuelle Gesundheitsrisiken und geeignete Schutzmaßnahmen informiert“, sagte der stellvertretende Landesbezirksvorsitzende Detlef Herrmann.

Zwar habe es die Anweisung gegeben, falls vorhanden einen Mundschutz zu tragen, später seien auch Schutzanzüge ausgeteilt worden. Doch ohne Einweisung in das korrekte An- und vor allem Ablegen dieser Schutzkleidung sei eine solche Maßnahme wenig effektiv.

„Unsere Kräfte werden mit der Situation alleine gelassen und sind völlig unvorbereitet in diesen Einsatz geschickt worden“, stellte Herrmann fest. Hier sei die Behördenleitung ihrer Fürsorgepflicht für die Mitarbeiter nicht ausreichend nachgekommen. Darüber hinaus stelle sich die Frage, wie generell mit Gesundheitsrisiken durch den Einsatz in Flüchtlingsunterkünften umgegangen werde. „Wenn selbst die Polizei so spät und lückenhaft informiert wurde, was ist dann erst mit den unzähligen ehrenamtlichen Helfern“, gab er zu bedenken.

Innere Sicherheit gefährdet

Auch das Heranziehen der Landeseinsatzreserve zur Bewachung des Geländes, sieht die Gewerkschaft kritisch. „Die Sicherheit in der Stadt ist nicht mehr gewährleistet, wenn sogar die letzte Reserve nun dauerhaft Wachposten stehen und Flüchtlingsunterkünfte herrichten

muss“, so Herrmann. Die Beamten der Landeseinsatzreserve sind normalerweise dazu da, die Funkstreifen nachts bei besonderen Einsätzen und Notlagen zu unterstützen und schnell eingreifen zu können.

„Es ist nicht primäre Aufgabe von Polizei und Feuerwehr, Notbetten aufzubauen, für Essen und Getränke zu sorgen, die Müllabfuhr zu organisieren und sich um Spielmöglichkeiten für Kinder zu sorgen. Genau das tun unsere Kollegen jedoch“, beschrieb Herrmann die Lage während der vergangenen Tage. Hier seien die Innenbehörde und der eigens eingerichtete Koordinierungsstab für Flüchtlinge in der Pflicht.

Der Landesbezirk Berlin der Gewerkschaft der Polizei ist die mitgliederstärkste Vertretung von Angestellten und Beamten in der Polizei, bei der Feuerwehr, im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) sowie in den Ordnungs- und Bürgerämtern der Bezirke. Die Gewerkschaft setzt sich insbesondere gegen den Personalabbau und eine Privatisierung der öffentlichen Sicherheit ein und macht sich für eine moderne Hauptstadtpolizei und -verwaltung mit zeitgemäßer Ausrüstung, einer gerechten und angemessenen Bezahlung sowie attraktiven Ausbildungsmöglichkeiten stark.